



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/08 - 11. Mai 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21821-33
Fernschreiber 0886890

Zur Tagung der WEU	S. 1
Eisenhower und die Isolationisten	S. 3
Die Schattenseiten der neuen Röntengesetze	S. 6
Nach der Atomdebatte	S. 7
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Europa im Schatten des Atoms

Von Ernst Paul, MdB.

Die bisherigen Frühjahrstagungen der europäischen Parlamente - Beratende Versammlung des Europarates und Versammlung der WEU - boten trotz intensiver Arbeit äusserlich nur geringe Sensationen. Dies mag auch die Ursache dafür sein, dass die Strassburger Beratungen in der europäischen Presse vielfach nur ein geringes Echo fanden. Es wäre aber ungerecht zu verschweigen, dass beide Tagungen von einer erregenden Atmosphäre und einem tiefen Ernst erfüllt gewesen sind. Die Frage der friedlichen und militärischen Anwendung der Atomkraft bewegte die Gemüter und fand ihren Niederschlag nicht nur in der parlamentarischen Diskussion, sondern vor allem auch in den persönlichen Gesprächen der Delegierten während der köstlich bemessenen Freizeit.

Zwei Fronten zeichneten sich deutlich ab. Die einen, vorwiegend christlich-konservative Kräfte - doch nicht nur sie allein - haben es schwer, sich von unüberkommenen Vorstellungen auf militärischem Gebiet loszureissen und sich in den Prozess des Umdenkens und Neudenkens einzuschalten. Darum forderten sie zum Beispiel für alle Mitgliedstaaten der NATO im allgemeinen und der WEU im besonderen die Ausrüstung mit Atomwaffen. Daran konnten sie sich in der Vorwoche im Europarat auch nicht entschliessen, der von den Sozialisten, vor allem von den Vertretern der SPD erhobenen Forderung auf zumindest zeitweise Einstellung der Atomversuche zuzustimmen. Die anderen, die Sozialisten, wurden in ihrer Mehrheit nicht müde, immer und immer wieder auf die Gefahren einer expansiven militärischen Atompolitik hinzuweisen. Sie hatten gute und starke

Argumente für sich, blieben jedoch in der Minderheit. Diese Tatsache sollte nicht entmutigen, denn wir befinden uns ja erst im Anfangsstadium der Erkenntnis, dass die jüngste technische Entwicklung der gesamten Welt-politik völlig neue Bedingungen aufzwingt.

Die Entschlusslosigkeit und Begriffstutzigkeit der Mehrheit in den nationalen Parlamenten spiegelt sich auch in den europäischen Gremien wider.

Zu einer interessanten Entscheidung kam es in der WEU bei der Behandlung eines Misstrauensantrages, der die englischen Gruppenverbände in der Bundesrepublik verurteilen sollte. Der Bericht des Minister-Komitees hatte die englischen Massnahmen zur Kenntnis genommen. In dieser Frage gab es im Parlament der WEU innerhalb der politischen Gruppe keine einheitliche Meinung. Holländische und belgische Sozialisten stimmten gemeinsam mit den französischen Politikern der Rechten und der Mitte für den Antrag, englische Konservative und Labour-Leute lehnten ihn ab. Die Vertreter der CDU waren ebenfalls für das Misstrauensvotum und stimmten damit gegen die Haltung ihrer eigenen Regierung im Minister-Komitee. Die SPD-Delegierten liessen sich von dem Umstand bestimmen, dass die britische Regierung, deren Motive in einzelnen nicht untersucht werden sollen, damit begonnen hat, aus der eingetretenen Entwicklung die Konsequenzen zu ziehen, und lehnten den Antrag ab. Das Misstrauensvotum fiel schliesslich unter den Tisch, es fand sich nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit.

In der Frage des Gemeinsamen Marktes vertraten die SPD-Vertreter den Standpunkt, dass dieser nicht zu einer erstarrten Abgrenzung der sechs Mitgliedstaaten von den anderen europäischen Ländern und zur Erhöhung der Zollmauern führen dürfe. Die Freihandelszone soll nicht nur gegenüber Grossbritannien, sondern auch gegenüber anderen Staaten geschaffen werden. Um dieses Ziel müsse man im gleichen Rhythmus ringen, nach dem die einzelnen Etappen des Gemeinsamen Marktes ihre Erfüllung finden.

Vieles in den europäischen Parlamenten zeugt von der Unvollkommenheit ihrer Konstruktion, und so manche Arbeit wird doppelt getan. Der Zwang zur Vereinheitlichung wird immer spürbarer; der energische Präsident des Europarates, der belgische Sozialist Dehouve, wird der Zustimmung aller Gutwilligen sicher sein, wenn er diesen Zustand zu überwinden verspricht. Bis dahin bleibt es notwendig - wie die SPD-Delegation erfolgreich durchsetzen konnte -, dass die vielfach guten Initiativen der europäischen Versammlungen in den nationalen Parlamenten aufgegriffen und verwirklicht werden.

Querschuss gegen Internationale Atomorganisation in USA ?

O.L., United Nations, Anfang Mai

Wird es der rechtsrepublikanischen Opposition gegen Eisenhower gelingen, die Internationale Organisation für friedliche Atomenergie zu torpedieren ? Diese Frage, über die vor wenigen Wochen noch jeder informierte Beobachter gelacht hätte, ist nun nicht mehr so lächerlich. Man darf noch immer annehmen, dass es der Administration in Washington schliesslich gelingen wird, die verfassungsmässig notwendige Zweidrittelmehrheit im Senat (66 von 96 Stimmen) zu erreichen; insbesondere, wenn die grosse Mehrheit der Demokraten wie so oft zuvor bereit ist, Eisenhower gegen seine eigene Partei zu helfen. Aber, dass es überhaupt einen Moment lang fraglich erscheinen kann, ob ein Vorschlag, den der Präsident selbst der Weltorganisation unterbreitet und aus dem sich schliesslich das Statut für die Internationale Atomorganisation entwickelte, von führenden Senatoren, ja sogar von dem Führer der Senatsfraktion von des Präsidenten eigener Partei angefochten oder gar zu Fall gebracht werden könnte - schon das ist ein Zeichen der Zeit und der Unbekümmtheit, mit der amerikanische Senatoren des rechtsrepublikanischen Flügels mit dem amerikanischen Weltprestige umspringen.

Vorstoss der Isolationisten

Auch wenn die Opposition gegen die Internationale Atomorganisation im Senat zusammenbrechen dürfte, so wird sie voraussichtlich den Erfolg haben, den Arbeitsbeginn der Organisation zu verzögern. So ist es bereits ziemlich sicher, dass die Konferenz in Wien nicht vor Oktober stattfinden wird - gleichzeitig mit der Tagung der UNO-Generalsversammlung in New York, was man aus vielen Gründen vermeiden wollte. Aber was für die gegenwärtige politische Lage in USA so kennzeichnend ist und was einen sehr empfindlichen Schaden für die weltpolitische Position der Vereinigten Staaten bedeutet, ist die Tatsache, dass nicht einmal Vorschläge und Pläne, die vom Präsidenten selbst ausgehen und nach gewissen Schwierigkeiten die Zustimmung der übrigen Welt, ja sogar der Sowjetunion gefunden haben, vor innenpolitischen Querschüssen in Amerika sicher sind.

Der Grundgedanke der internationalen Atomorganisation ist, dass

die Atom-Mächte jenen, die Atomenergie für friedliche Zwecke, vor allem für die Gewinnung der doppelt nötigen elektrischen Energie aus der Kernspaltung benötigen, helfen sollen, sowohl die notwendigen Rohmaterialien wie die technischen Kenntnisse als auch die medizinische Anwendung zu erhalten. Dies soll auf internationaler, nicht auf zweiseitiger Grundlage geschehen.

Zu diesem Zweck versprach Eisenhower, ein grosses Quantum angereicherten Urans zur Verfügung zu stellen und die Russen konnten sich der Wirkung dieses Beispiels auf die übrige Welt nicht entziehen und versprachen ebenfalls Rohmaterial für friedliche Atomenergie. Das Entscheidende war die internationale Basis. Dagegen, dass eine internationale Organisation und nicht die angereichertes Uran oder technische Kenntnisse zur Verfügung stellenden Atom-Mächte in direkter Kontakt mit den nahe-Nichtsen sind, wenden sich offenbar die amerikanischen Anti-Internationalisten. Sie wollen nur zweiseitige Verträge. Aber dann könnten selbstverständlich auch die Russen zweiseitige Verträge abschliessen - mit all den Abhängigkeiten, die solche zweiseitigen Beziehungen zwischen Gebern und Nehmern bringen. Das würde insbesondere von den asiatischen und afrikanischen Nationen gelten. Es ist also eine recht kurzsichtige Politik, die die amerikanischen Isolationisten vorschlagen, kurzsichtig vor allem von amerikanischen Standpunkt.

Die Frage der Kontrolle der Verwendung für ausschliesslich friedliche Zwecke ist viele Monate lang auf der Konferenz diskutiert worden. Was die Vereinigten Staaten vom Standpunkt der lückenlosen Kontrolle für notwendig hielten, wurde schliesslich durchgesetzt. Es entbeht also jeden sachlichen Grundes, wenn die Gegner der Ratifizierung ungenügende Kontrolle einwenden.

Es ist schliesslich eingewendet worden, dass angereichertes Uran oder technische bzw. wissenschaftliche Kenntnisse, die von den USA der neuen Organisation zur Verfügung gestellt werden könnten, auch dazu dienen könnten, Ostblockländern zu helfen. Das ist richtig, aber man kann erwarten, dass die Russen ihre versprochenen Beiträge zur neuen Organisation leisten werden und dass kein Land, das von der neuen Organisation Hilfe erhalten wird, einer der beiden Weltmächte

verpflichtet sein wird. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Konkurrenz, die sich auf dem Gebiete der Hilfe für unterentwickelte Länder Asiens und Afrikas entfaltet hat, auch für die USA nicht unwichtig.

Ein Merkmal der wirren Innenpolitik in USA

Aber all diese politischen Fragen sind untersucht worden, bevor sich die USA entschlossen, in so hohem Maße aktiv an der Errichtung der neuen Organisation teilzunehmen, ja sie vorzuschlagen. Es ist also vor allem der Kampf der Isolationisten gegen internationale Kooperation und gegen eine konstruktive Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Welt, der in der rechtsrepublikanischen Opposition gegen die Internationale Organisation für Atomenergie zum Ausdruck kommt. Und es ist vor allem der persönliche Angriff auf Eisenhower, der in der Opposition gegen die neue Organisation zum Ausdruck kommt und der für die gegenwärtige innenpolitische Lage in den USA und für die Unsicherheit ihres aussenpolitischen Kurses kennzeichnend ist.

Es ist die alte Erfahrung, die sich seit 1952 immer wieder bestätigt hat: dass ohne demokratische Unterstützung Eisenhower noch viel grössere Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Durchsetzung der Aussenpolitik hätte und dass der Isolationismus in der amerikanischen Politik und besonders in der Republikanischen Partei noch nicht tot ist. Er mag seine Erscheinungsform verändern. Er mag neue Angriffsobjekte wählen. Er mag sich von der Politik der völligen Isolierung zu einer Befürwortung zweiseitiger Politik entwickelt haben, in einer Zeit, in der vielschichtige Verträge und breites internationales Zusammenwirken zu den Notwendigkeiten der Welt gehören. Aber es ist der alte Isolationismus, der nicht nur in einigen Zirkeln weiterlebt, sondern als seinen Führer den Fraktionsführer der Partei des Präsidenten hat - ein Mann, der als einer von zwei oder drei möglichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten nach Eisenhower in Frage kommt. Darin liegt das bedenklichste Element der Opposition gegen die Internationale Organisation für friedliche Atomenergie.

Mit den eigenen Leistungen unzufrieden?

H.R. Voller Erstaunen vernahm die deutsche Öffentlichkeit und insbesondere die Rentner die Kunde, dass die CDU-Sozialausschüsse sich in einem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler gewandt haben und um die Beseitigung der Härten bei der Rentengesetzgebung baten. Es handelt sich um den Versuch, die durch die Rentengesetze von Januar 1957 durch den Willen der CDU/CSU hervorgerufenen Ungerechtigkeiten, durch Anrechnung von Rentenleistungen im Bereich der Kriegsoficer-Versorgung und des Lastenausgleichs, wieder rückgängig zu machen. Wie erinnerlich, hat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Anträgen schon damals im Januar 57 versucht, diesen Komplex zur Zufriedenheit der Mehrzahl der Rentner zu regeln. Leider blieb den SPD-Anträgen der Erfolg versagt. Zum Teil in nasentlicher Abstimmung glaubten die CDU-Abgeordneten, sich gegen die Belange der Rentner aussprechen zu können.

Nachdem nunmehr im Verlauf der Nachzahlungen bei einer ganzen Reihe von Rentnern die Anrechnungsbescheide anderer Behörden grosse Ursache hervorgerufen haben, versuchen jetzt die CDU-Sozialausschüsse mit ihrem Brief an den Herrn Bundeskanzler zu retten, was zu retten ist. Sie wollen der deutschen Öffentlichkeit zumuten, zu vergessen, dass es doch gerade die CDU/CSU war, die diese Anrechnungsbestimmungen beschlossen hat. Glauken die CDU-Sozialausschüsse, dieser Tatbestand wäre schon vergessen? Liegt es nicht vielmehr auf der Hand, dass es sich hier um ein Ablenkungsmanöver handelt?

Inzwischen wurde bekannt, dass auf dem kommenden Parteitag der CDU/CSU wieder einmal der Herr Bundesminister für Arbeit keine Gelegenheit erhält, zu sozialpolitischen Fragen zu sprechen. Ist vielleicht das schlechte Gewissen der CDU/CSU über die Anrechnungsbestimmungen die Ursache, den innerhalb der Adenauer-Regierung verantwortlichen Minister für Fragen der Rentenreform nicht sprechen zu lassen? Es ist nicht das erste Mal, dass der zuständige Minister für Angelegenheiten der Sozialreform auf dem Parteitag der CDU/CSU nicht sprechen durfte. Hat man Sorge, dass er sich vielleicht darüber beschwören würde, wie wenig er mit seinen Vorstellungen sich gegenüber dem Unvernahmer-Flügel innerhalb der CDU/CSU bei der Rentengesetzgebung durchsetzen konnte? Vielleicht aber hat man auch Sorge, dass der Herr Bundesminister zu so wichtigen Fragen wie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sprechen könnte und dabei gegenteiliger Auffassung ist wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Klarstellung der Positionen

ler. - Die dreizehnstündige Bundestagsdebatte über das Für und Wider der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr hat, und das ist ihr bleibender, wenn auch zur Traurigkeit stimmender Gewinn, die Klarheit gebracht auf die die deutsche und die Weltöffentlichkeit Anspruch hatte. Der soziale demokratische Antrag, die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen, die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben und zur Stationierung von Atom-Waffenverbänden durch dritte Mächte auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu verweigern, oder, falls sie schon ausgeprochen sein sollte, wieder zurückzunehmen, ist durch die Abstimmungs-maschinerie der Koalitionsmehrheit im Bundestag abgelehnt worden. Dem makabren Wettlauf mit dem Atontod wurde kein Haltesignal geboten, das befreiende Wort wurde nicht gegeben. Die gegenwärtige Koalitions-mehrheit wählte den einfacheren Weg, hinter dem der Abgrund lauert; sie ist immer noch in der Befangenheit eines Denkens verstrickt, das sich der Notwendigkeiten unseres Atomzeitalters verschliesst. Sie denkt in Begriffen des 19. Jahrhunderts, für das Erfassen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fehlt ihr das Ahnungsvermögen.

Daran konnte auch die, für sich betrachtet, grossartige und von Gewissenskrupeln nicht ganz freie Verschleierungsrede des amtierenden Bundestagspräsidenten nichts ändern. Entscheidende Merkmale unserer Zeit vermag Dr. Gerstenmaier nicht in sein Weltbild einzuordnen. Dadurch ergeben sich schicksalhafte Trugschlüsse. Auf ihnen baut die derzeit noch grösste Regierungspartei das schwankende Gebäude ihrer Politik auf. Die Regierung beteuerte zwar ihren Verzicht auf die Produktion der schrecklichsten Vernichtungswaffen, die je menschlicher Geist ersann, aber das gilt schon nicht mehr für den Gebrauch; von dieser Möglichkeit will sie nicht abrücken. Ferner: Diese Regierung wünscht zwar einen günstigen Verlauf der in London stattfindenden Abrüstungsgespräche, aber innerlich nimmt sie daran keinen Anteil; sie setzt nicht ihre ganze Energie daran, einer sich um den Frieden bewühenden Welt kräftige Anstösse zu geben. Ferner: Diese Regierung nimmt die

Konsequenzen der Aufrüstung in Kauf in der vagen und durch nichts begründeten Hoffnung, auf dem Umweg über die Aufrüstung zur Abrüstung zu gelangen - das haben zu allen Zeiten viele Regierungen getan. Die Welt kennt die Folgen!

Die Möglichkeit eines zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges von Atomwaffen starrenden Deutschland flösst ihr keine Schrecken ein; darüber geht sie mit leichter Hand hinweg! In den Reden der Regierungssprecher nahm - was kann es auch noch verwundern - die Auswirkung des Nichtverzichts auf die Atomwaffen für die Chancen einer Wiedervereinigung nur den geringsten Raum ein. Immer noch ist man bereit, entgegen allen schmerzlichen Erfahrungen, die Warnungen der Sowjetunion im Wind zu schlagen, immer noch ist man der Mentalität des Kalten Krieges verfallen. Das alles geschieht im Namen einer "Realpolitik", die allerdings weit entfernt von dem ist, was man gewöhnlich darunter versteht. Diese Art von Realpolitik hängt in unserer Zeit in der Luft, sie entspricht nicht der Wirklichkeit, in der wir leben.

Die Debatte führte zwar zu keinen, in Beschlüssen festgesetzten Entscheidungen, aber sie machte in einer Kernfrage die entscheidenden Hauptlinien der Regierungspolitik sichtbar. Sie sind einer Zeit verhaftet, die überwunden werden muss, wenn wir als Volk und als Teil der Menschheit überleben wollen. Von dieser Verantwortung spricht uns niemand frei, wir haben sie selbst zu tragen; der Grösse und der Weltbedeutung dieser Verantwortung ist sich diese Regierung allerdings nicht bewusst. Darüber können keine Verschleierrereden hinwegtäuschen. Sie wählte die Flucht vor klaren Entschlüssen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kommuniqué von der Parteivorstandssitzung der
SPD am 10. und 11. Mai 1957 in Bonn

Der Parteivorstand der SPD wählte in seiner Freitag-Sitzung die Delegation zur Teilnahme am Kongress der Sozialistischen Internationale Anfang Juli 1957 in Wien. Die Delegation setzt sich wie folgt zusammen:

Erich Ollenhauer, Fritz Heine, Herta Gotthelf, Willi Eichler, Alfred Nau, Max Kukil, Fritz Erler, Prof. Carlo Schmid, Willi Birkelbach, Heinz Putzrath.

An der zur gleichen Zeit in Wien stattfindenden internationalen Frauenkonferenz werden ausser Herta Gotthelf, Anna Stiegler und Irma Keilhak teilnehmen.

Am 3. und 4. Juni 1957 wird sich die SPD mit einer starken Delegation an einer Konferenz der sozialistischen Fraktion des Montan-Parlaments in Luxemburg unter Führung von Erich Ollenhauer beteiligen.

Der Parteivorstand begrüßte in einer Stellungnahme die Anregung des "Grünwalder Kreises" zur Billigung eines Ehrenrates, dessen Aufgabe es sein soll, die Fairness des politischen Kampfes zu sichern. Der Vorstand der SPD schlägt dem "Grünwalder Kreis" vor, für die Bildung eines solchen Ehrenrates Satzungen auszuarbeiten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden Wahlvorbereitungen erörtert. Der stellvertretende Vorsitzende, Wilhelm Mellies, und die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes Fritz Heine, Willi Eichler, Alfred Nau und Herta Gotthelf gaben eine Übersicht über die technischen und organisatorischen Massnahmen, in deren Mittelpunkt die Vorbereitungen zu der am 16. Juni 1957 in Dortmund stattfindenden Gross-Kundgebung der SPD stehen.

Am Samstag führte der Parteivorstand eine mehrstündige Aussprache mit dem Gesamtvorstand der Sozialistischen Jugendorganisation, "Die Polken", die in sehr positiver Weise verlief.

Waldemar von Knoeringen berichtete dann eingehend über die politische Situation in Bayern.

Erich Ollenhauer nahm Stellung zu dem Verlauf der Atom-Debatte im Bundestag am Freitag, dem 10. Mai. Er wies mit allem Nachdruck darauf hin, dass trotz der verbindlicheren Haltung des Hauptsprechers der CDU/CSU, Bundestagspräsident Dr. Gero Engelmaier, ganz eindeutig die Grundhaltung der Regierung erhärtet wurde, die atomare Bewaffnung und weitere verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr durchzuführen. Die Entscheidung müsse also dem bundesdeutschen Wähler am 15. September 1957 zufallen; die SPD werde im Bewusstsein der schicksalhaften Bedeutung des Problem ihre umfassende Aufklärungsarbeit mit verstärktem Nachdruck fortsetzen.

Zum Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs am 27./30. Juni 1957 in Toulouse werden, einer Einladung der SFIO entsprechend, die Parteivorstandsmitglieder Erwin Schoettle und Alfred Nau entsandt.

Der Parteivorstand tritt am 30. Mai zu einer reinen Beratung zusammen.

* * *